



Simulation Europäisches Parlament 2008

Eine Veranstaltung der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.

Empfehlung der SIMEP zum Westlichen Balkan


SIMEP Drs. 05-01/08 vom 17. November 2008

Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament an den Rat zur EU-Beitrittsperspektive der Staaten des Westlichen Balkans

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Westlicher Balkan: Stärkung der europäischen Perspektive“ und den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2008;
 - in Kenntnis des Strategiepapiers der Kommission zur Erweiterung 2008-2009 und der Fortschrittsberichte der Kommission vom 5. November 2008, sowie der Jahresberichte der Kommission über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) für Südosteuropa,
 - unter Hinweis auf die Entschlüsse des EP zu den Ländern des Westbalkans und den SAP, sowie auf die Entschlüsse des EP vom 10. Juli 2008 zum Strategiepapier der Kommission zur Erweiterung,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf der Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 17. November 2008 (SIMEP Drs. 03-01/08), und in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung vom 17. November 2008 (SIMEP Drs. 02-01/08),
- A. in der Erwägung, dass die Erweiterungsstrategie der Union sowohl eine externe als auch eine interne Dimension besitzt, dass die externe Dimension dieser Strategie die Förderung von Reformen im Einklang mit europäischen Standards, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte, des Friedens, der Stabilität, des Wohlstands und der Solidarität umfasst, dass die interne Dimension der Erweiterungsstrategie unmittelbare Auswirkungen auf die Fähigkeit der Union hat, ihre politischen Ziele zu verfolgen und zu einer immer engeren Union zu gelangen, wie dies in den Verträgen vereinbart wurde,
- B. in der Erwägung, dass die Erweiterungsstrategie weit mehr darstellt als eine Verhandlungsmethodik, da sie die grundlegende Überzeugung widerspiegelt, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft ist, die sich auf die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, Solidarität, kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit gründet,
- C. in der Erwägung, dass frühere Erweiterungsrounden zweifelsohne eine Erfolgsgeschichte für die EU und für die ihr beigetretenen Mitgliedstaaten sind und waren und überall in Europa zu Frieden, Stabilität und Wohlstand beigetragen haben,
- D. in der Erwägung, dass die Europäische Union 1999 den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) für die westlichen Balkanstaaten eingeleitet hat, der die strategischen Rahmenbedingungen der Beziehungen dieser Länder zur Union festlegt,
- E. in der Erwägung, dass der westliche Balkan gemäß der Europäischen Sicherheitsstrategie, die im Dezember 2003 vom Europäischen Rat angenommen wurde, oberste Priorität für die EU besitzt,
- F. in der Erwägung, dass die Annäherung an die EU von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien abhängt, dass sich die einzelnen Staaten des westlichen Balkans in diesem Prozess in unterschiedlichen Phasen befinden, und dass jedes einzelne Land nach seinen eigenen Leistungen und Erfolgen bei der Verwirklichung der Reformprioritäten und interethnischen Aussöhnung zwischen den Ländern des Westbalkans beurteilt wird;



Junge Europäische Bewegung 

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.

Verantwortlich: Moritz Jahnke, Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Telefon: +49 30 3036201-60, Fax: +49 30 3036201-59
simep@jeb-bb.de, www.jeb-bb.de, www.simep.eu



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Die SIMEP 2008 wird mit Unterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung durchgeführt.

- G. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit nationalen Verfahren und Völkerrecht über ihre Beziehungen mit dem Kosovo entscheiden und 22 der Mitgliedstaaten den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben,
1. betonen, dass die Erweiterungspolitik ein integrales Instrument der europäischen Außenpolitik ist und dass die Glaubwürdigkeit dieser Politik insbesondere von der Konsolidierung jener Erfolge abhängig ist, die bisher auf dem Westbalkan erzielt wurden. Zudem wird betont, dass zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Erweiterungsstrategie die Kriterien von Kopenhagen auch von den Mitgliedsstaaten eingehalten werden müssen, um zu vermeiden, dass von den Bewerberländern höhere Standards verlangt werden, als sie in einigen Teilen der Union gelten;

Erweiterungsstrategie der EU

2. fordern den Rat und die Kommission auf, weiterhin auf die vollständige und nachhaltige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu bestehen;
3. bekräftigen, dass die EU Bemühungen unternehmen sollte, um ihre Integrationsfähigkeit zu gewährleisten und dass Integrationsbestrebungen der Beitrittsländer gefördert werden sollten. Diese Fähigkeit muss bei der Entscheidung über künftige Erweiterungen keine unbedingte Beachtung finden. Deshalb drängen wir weiterhin auf die vollständige Erfüllung – sowohl in als auch außerhalb der EU – der Kopenhagener Kriterien;
4. warnen die Mitgliedsstaaten davor, den Beitritt Kroatiens von der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in allen Mitgliedstaaten abhängig zu machen; und fordern, den Beitritt der anderen Westbalkanstaaten von der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon abhängig zu machen;

Beitrittsperspektive des Westbalkans

5. unterstreichen, dass eine konkrete Beitrittsperspektive für alle Westbalkanstaaten die Entwicklung rechtsstaatlicher, demokratischer Strukturen in diesen Ländern grundlegend fördert;
6. sind der Auffassung, dass persönliche Kontakte zwischen den Menschen von wesentlicher Bedeutung sind, um Toleranz, gegenseitiges Verständnis und Versöhnung zwischen den Völkern des westlichen Balkans, der EU und Drittländern mit europäischer Perspektive zu fördern;
7. fordern einen Abschluss der Verhandlungen bis Mitte 2011 mit den Ländern des westlichen Balkans zur Liberalisierung der Visa-Regelung mit besonderer Berücksichtigung junger Menschen in der Ausbildung, um die europäische Perspektive für die Bevölkerung in diesen Ländern konkreter und somit als Argument für die Durchführung von Reformen wirksamer zu machen;
8. begrüßen, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien voranschreiten und betonen, dass der erfolgreiche Verlauf dieser Verhandlungen den anderen westlichen Balkanstaaten signalisiert, dass sich ihnen eine konkrete Beitrittsperspektive bietet, sobald sie die entsprechenden Bedingungen erfüllen;
9. begrüßen die Festnahme und Auslieferung von Radovan Karadzic, betonen aber, dass damit die Bedingung der uneingeschränkten Kooperation mit dem IStGHJ noch nicht erfüllt ist;
10. schließen sich der Forderung der Kommission an die Kosovo-Serben und an die serbische Regierung in Belgrad an, eine konstruktive Haltung gegenüber der EULEX-Mission im Kosovo einzunehmen;
11. fordern den Rat und die Kommission dazu auf, bei Erfüllung der in der Beitrittspartnerschaft definierten Prioritäten die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EJR Mazedonien zu beschließen, und verlangen eine rasche Lösung des Namensstreits zwischen Athen und Skopje;
12. beauftragen ihren Präsidenten, diese Empfehlung dem Rat, der Kommission, und zur Information den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, EJR Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie den hierzu zuständigen Institutionen des Kosovo gemäß UN Sicherheitsrats-Resolution 1244/99 zu übermitteln.